

**NIEDERSCHRIFT**  
**über die öffentliche Sitzung**  
**des Finanz- und Verwaltungsausschusses**  
**vom Dienstag, 25. Oktober 2011**

Sitzungsleiter: 1. Bürgermeister Brilmayer  
 Schriftführer/in: Ipsen

Gremiumsmitglieder		an- wesend	ent- schuldigt	Bemerkung
SR Anhalt	Mitglied	<b>X</b>		
SR Brilmayer	Mitglied	<b>X</b>		
SR Gietl	Mitglied	<b>X</b>		
SR Luther	Mitglied	<b>X</b>		
SR Rauscher	Mitglied	<b>X</b>		
SR Schechner jun.	Mitglied	<b>X</b>		
SR Schmidberger	Mitglied	<b>X</b>		
SR Schurer	Mitglied	<b>X</b>		

zusätzlich anwesend:

3. Bgm. Riedl	Zusätzliche Einladung	<b>X</b>		
2. Bgm. Ried	Zusätzliche Einladung	<b>X</b>		

Berater:

Herr Ipsen	Berater	<b>X</b>		
Herr Napieralla	Berater	<b>X</b>		
Frau Pfleger	Berater	<b>X</b>		

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt 1. Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Finanz- und Verwaltungsausschusses fest.

**TOP 1.**

**Haushalt 2011**

**a) Bericht zum 15.10.2011**

**b) Kreditermächtigung für 2012**

**c) Rücklagenbildung zur Kredittilgung**

öffentlich

**Sachverhalt:**

Eingangs fasst Herr Napieralla die Haushaltsabwicklung 2011 kurz in Worten zusammen und nennt anschließend mittels Vorlagen die wichtigsten Zahlensummen. So ergibt sich zum 15.10.2011 Folgendes:

Für heuer wurde durch den Finanz- und Verwaltungsausschuss bzw. den Stadtrat ein ausgeglichener Haushalt beschlossen. In den Ansätzen betragen die Ausgaben bzw. Einnahmen jeweils:

im Verwaltungshaushalt	€	22.527.000
im Vermögenshaushalt	€	13.098.700

Dies entspricht einer Gesamtsumme von über € 35,6 Mio. und ist somit um mehr als € 4,9 Mio. höher als 2010. Es liegt seit der Euroumstellung (2002) „volumenmäßig in Euro“ der größte Haushalt der Stadt vor, welcher je aufgestellt wurde. Hierbei ist auch eine unrentierliche Kreditaufnahme von über € 4,9 Mio. enthalten.

Die Steigerung des Haushaltsvolumens auf über 35 Mio. Euro hängt u. a. mit folgenden Investitionsvorhaben zusammen:

Generalsanierung der Schule Baldestraße, Errichtung eines Familienzentrums, Kostenbeteiligung am Neubau des Kindergartens St. Benedikt, Abrechnung des Kunstrasenplatzes im WSP, Beteiligung an einer Tiefgarage in der Innenstadt, Kanalbauinvestition in Ober-/Unterlaufing, Instandhaltung des WL-Netzes und des geplanten Stadtsaal-Innenausbau.

Der städtische Haushalt 2011, einschl. der o. g. Kreditaufnahme, wurde von der Rechtsaufsichtsbehörde in rechnerischer, formeller und sachlicher Hinsicht überprüft und mit Schreiben vom 05.07.11 genehmigt, da die Kreditverpflichtungen mit der dauernden Leistungsfähigkeit der Stadt im Einklang stehen.

Hierbei wurde u. a. sinngemäß Folgendes mitgeteilt (Kurzfassung):

- für die kostenrechnenden Einrichtungen Abfall- u. Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung sind weiterhin kostendeckende Entgelte zu erheben; für das Bestattungswesen ist Kostendeckung anzustreben
- dass die Haushaltswirtschaft weiter so zu planen und zu führen ist, dass die „stetige Erfüllung“ der städtischen Aufgaben und die dauernde Leistungsfähigkeit gesichert ist
- dass freiwillige Aufgaben nur realisiert werden dürfen, wenn Finanzspielräume vorhanden sind und Pflichtaufgaben nicht vernachlässigt werden
- dass nach den vorgelegten Planungen bis 2014 eine „angespannte“ Haushaltslage vorliegt
- dass bis zum 31.12.2010 keinerlei unrentierliche Schulden vorhanden waren
- dass die für heuer vorgesehene unrentierliche Kreditaufnahme im wesentlichen der Erfüllung von **Pflichtaufgaben** dient  
Stichpunkt : Kindertagesstätten/Sanierung Schulen
- dass Kreditaufnahmen grundsätzlich nur genehmigt werden können, soweit der Haushalt-/Finanzplan nachhaltig entspr. Finanzspielräume aufweist; insbesondere muss gewährleistet sein, dass ordentliche Tilgungen über die Zuführung aus Mitteln des Verwaltungshaushalts erwirtschaftet werden
- dass weiterhin einer äußerst sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung oberste Priorität zukommen soll

Insgesamt wurde der Stadt von der Rechtsaufsicht eine solide Haushaltsplanaufstellung 2011 und -abwicklung in den vergangenen Jahren mündlich bestätigt.

Zum heutigen Zeitpunkt wird davon ausgegangen, dass kein Nachtragshaushalt nötig ist. Wie in den vergangenen Jahren mussten bisher keine nicht veranschlagten bzw. zusätzlichen Ausgaben bei einzelnen Haushaltsstellen in einem im Verhältnis zu den Gesamtausgaben erheblichen Umfang geleistet werden.

Aufgrund der bis jetzt „stabilen“ bis „guten“ Gewerbesteuerereinnahmen und Einkommensteuerbeteiligung 2011 besteht die Aussicht, dass eine geringere Entnahme aus der Rücklage zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts getätigt werden muss - als wie mit 2,2 Mio. Euro geplant.

Grundsätzlich ist festzuhalten:

- Der bisherige Ausgabe-Haushaltsverlauf -betrachtet nur nach Zahlen- entspricht den Planungen

- Die auf der Grundlage vom statistischen Landesamt vorhergesagten und daraufhin veranschlagten Steuereinnahmen entwickeln sich bis dato positiver
- Die Stadt steht derzeit finanziell weiterhin auf „gesunden Beinen“
- Die sich im Bau befindenden Investitionsobjekte wie z. B. die Schule Baldestraße oder das Familienzentrum und die in Zukunft noch zu beginnenden Baumaßnahmen wie z. B. der Stadtsaal, werden die Finanzkraft der Stadt noch massiv in Anspruch nehmen.

Die daraus entstehenden Unterhalts- und Folgekosten werden nicht unerheblich sein.

Von der haushaltsrechtlich genehmigten unrentierlichen Kreditaufnahme von 4,9 Mio. Euro wurde von der Stadtkämmerei bis heute eine Summe von fast 2,3 Mio. Euro getätigt.

Ein weiterer Antrag in Höhe von € 1,9 Mio. für die Schule Baldestraße in 2012 ist bereits gestellt. Für (mögliche) Kreditaufnahmen im unrentierlichen Bereich in der „haushaltslosen Zeit“ 2012 wird um gesonderten Ermächtigungsbeschluss gebeten. (lt. Finanzplanung im HH 2011 waren für 2012 5,242 Mio. Euro vorgesehen)

Es ist zwar erfreulich, dass die bisherigen Kreditaufnahmen zu sehr zinsgünstigen Konditionen erfolgen konnten, aber muss hier der Hinweis erfolgen, dass nach Ablauf der Zinsbindung im Jahre 2021 die dann noch vorhandene Restschuld (nach heutigem Stand sind das ca. 1,25 Mio. Euro) auf dem dann zu diesem Zeitpunkt geltenden freien Zinsmarkt zu beleihen ist.

Darüber hinaus werden aller Voraussicht nach noch weitere Kreditaufnahmen folgen.

Die Stadtkämmerei verfolgt deshalb das Ziel, Rücklagen aufzubauen, um zukünftig ggf. Restschulden (sofort) tilgen zu können und nicht „teuer“ umschulden zu müssen. Hierzu wird um gesonderten Beschluss gebeten.

Insgesamt entwickelte sich der Haushaltsverlauf 2011 bis dato zufrieden stellend bis gut. Die Stadt steht derzeit, trotz bereits getätigter unrentierlichen Kreditaufnahmen, finanziell weiter auf gesunden Beinen (auch wenn eine „0 Euroverschuldung“ im unrentierlichen Bereich -leider- der Vergangenheit angehört).

Die weitere finanzielle Situation wird zwangsläufig auch von der kommenden Konjunkturlage geprägt bzw. abhängig sein - hier zeichnet sich nach Expertenmeinung eine Eintrübung ab.

#### **Beschluss: 9 Ja : 0 Nein**

Der Finanz- und Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die Verwaltung zu ermächtigen, in der "haushaltslosen Zeit 2012" selbständig Kreditaufnahmen bis zu einer Höhe von € 1.968.600 im unrentierlichen Bereich zu tätigen bzw. Kreditverträge abzuschließen.

Zudem empfiehlt der Finanz- und Verwaltungsausschuss dem Stadtrat, die Verwaltung beim Jahresabschluss zu Folgendem zu verpflichten:

Jährlich ist die Summe der noch bestehenden Restschulden nach Ablauf der 10-Jahres-Zinsbindung aus den (unrentierlichen) Kreditaufnahmen im Zusammenhang mit den energetischen Sanierungsmaßnahmen zu errechnen. Soweit am Jahresende bei der Jahresrechnung ein positiver Sollüberschuss vorhanden ist, ist dieser als erstes, mind. in einer Höhe von 10% der vorher errechneten Restschulden, der Rücklage zur möglichen Schluss tilgung der vorher genannten Kredite zuzuführen.

## **TOP 2.**

### **Feststellung der Jahresrechnung 2010**

öffentlich

#### **Sachverhalt:**

Gemäß Artikel 102 Abs. 3 stellt nach Durchführung der örtlichen Rechnungsprüfung und Aufklärung etwaiger Unstimmigkeiten der Stadtrat alsbald, jedoch in der Regel bis zum 30.06. des auf das Haushaltsjahr folgenden übernächsten Jahres, den Jahresabschluss in öffentlicher Sitzung fest und beschließt über die Entlastung.

Die Stadtkämmerei hat die Jahresrechnung 2010 mit allen Anlagen fristgerecht erstellt. Der Rechnungsprüfungsausschuss (Vorsitzende Frau Schurer, Frau Anhalt, Frau Gruber, Frau Will

und Herr Gietl) hat die Jahresrechnung 2010 am 29. und 30.06.2011 eingehend geprüft und über die Prüfung eine Niederschrift angefertigt.

Die Endzahlen des Rechnungsjahres 2010 lagen dem Prüfungsausschuss zur Beratung vor. Die Prüfung hat insgesamt keine Beanstandungen ergeben, die zu einer Änderung der Abschlusszahlen führen würden.

Im Prüfbericht, den Sie gerne jederzeit einsehen können, wurde u. a. Folgendes sinngemäß festgestellt:

1. Haushaltsüberschreitungen sind im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt festzustellen, konnten aber entweder durch Beschlüsse oder besondere Umstände begründet werden.
2. der rechtzeitige Eingang der Einnahmen
3. bei Stundungen, Niederschlagungen und Erlässen wurde ordnungsgemäß verfahren,
4. die Beschlüsse des Stadtrates und der Ausschüsse wurden korrekt ausgeführt,
5. alle Ausgaben wurden als notwendig und angemessen angesehen und korrekt gebucht,
6. sämtliche überprüfte Buchungen waren ausreichend belegt und
7. die Vermögensgegenstände sind vollzählig erfasst.

Weiter wurde im Prüfungsprotokoll erwähnt:

- dass in der Stadtkasse ab 2011 alle Anordnungen und die dazugehörigen Rechnungen bzw. Rechnungsbelege eingescannt und elektronisch gespeichert werden
- dass nach Abzug aller Rückerstattungsbeträge die Gesamtkosten der städtischen Rechtsberatung geringer sind als die Beschäftigung eines städtischen Juristen an Kosten verursachen würde
- dass die Baustelle des Familienzentrums besichtigt wurde.

Im Gesamtergebnis wurde u. a. festgestellt, dass es -wie auch in den vergangenen Jahren- keinerlei Beanstandungen gibt und die Bücher sorgfältig geführt wurden.

#### **Diskussionsverlauf:**

Als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses bedankt sich Stadträtin Schurer im Namen des Ausschusses für die sehr gute Kooperation und fachliche Arbeit der Stadtverwaltung, insbesondere der Kämmerei.

#### **Beschluss: 9 Ja : 0 Nein**

Der Finanz- und Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die vorliegende Jahresrechnung 2010 nach Art. 102 Abs. 3 der Gemeindeordnung festzustellen bzw. die Verwaltung zu entlasten.

#### **TOP 3.**

#### **Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der CSU-Fraktion bezüglich der Einstellung der notwendigen Haushaltsmittel zur Fertigstellung der P&R-Anlage Ebersberger Bahnhof in 2012**

öffentlich

#### **Sachverhalt:**

Die CSU-Fraktion hat im Hinblick auf die derzeit laufenden Arbeiten der Deutschen Bahn am Ebersberger Bahnhof den in Kopie beiliegenden Antrag eingereicht.

Im Haushalt 2011 hat der Stadtrat bereits finanzielle Mittel für die Planung und den nötigen Grunderwerb für den P&R-Parkplatz eingestellt gehabt. Zwischenzeitlich ist die Ausführungsplanung beauftragt worden.

Mit Beschlussfassung im Technischen Ausschuss über die Planung werden dann die Kosten für den Bau sowie die Höhe des staatlichen Zuschusses greifbar sein, so dass für den Haushalt 2012 die notwendigen Haushaltsmittel eingestellt werden könnten.

#### **Diskussionsverlauf:**

Stadtrat Brilmayer erläutert, dass mit dem Antrag erreicht werden soll, dass die finanziellen Mittel für den Ausbau des P&R Parkplatzes nicht auf die Streichliste für den Haushalt 2012 gelangen.

Stadträtin Rauscher und Stadträtin Schmidberger halten diesen Antrag für überflüssig, genauso könnten andere Projekte, wie z.B. der Kurt-Rhode-Platz, schon im Vorgriff auf die Haushaltsberatungen 2012 mit einer Priorität versehen werden. Aus ihrer Sicht seien Extrabeschlüsse zur Investitionsplanung entbehrlich.

**Beschluss: 9 Ja : 0 Nein**

Der Finanz- und Verwaltungsausschuss beschließt, die notwendigen finanziellen Mittel für den Bau des P&R-Parkplatzes in den Haushalt 2012 einzustellen.

**TOP 4.**

**Beratung und Beschlussfassung über die Ausbildung einer/s Verwaltungsfachangestellten in den Jahren 2012 bis 2015**

---

öffentlich

**Sachverhalt:**

Bislang ist in der Stadtverwaltung Ebersberg jeweils mit Ende der Ausbildung einer/s Verwaltungsfachangestellten ein/e nächste/r Auszubildende/r eingestellt worden, also alle drei Jahre. In diesem Jahr ist ein Auszubildender eingestellt worden, so dass nach bisheriger Regel für die Jahre 2014 bis 2017 ein nächstes Ausbildungsverhältnis eingegangen werden würde.

Innerhalb der Stadtverwaltung werden in den Jahren 2013 – 2015 planmäßig folgende Stellen frei:

Dezember 2013 – Bürgerbüro, 22 Stunden (könnte durch Stundenaufstockung anderer Mitarbeiter aufgefangen werden)

Mai 2014 – Personalamt, 30 Stunden (könnte durch Ende Ausbildung abgedeckt werden)

September 2015 - Bürgerbüro (könnte mit Auszubildender/n 2012 bis 2015 abgedeckt werden)

Die Kosten für einen Ausbildungsplatz in der Verwaltung belaufen sich auf etwa 16.000 € pro Jahr.

**Diskussionsverlauf:**

Auf die Frage von Stadträtin Schmidberger nach Vergleichszahlen zu den Personalkosten aus anderen Städten bemerkt Bürgermeister Brilmayer, dass ein Quervergleich sehr schwer herzustellen sei, da bei den Kommunen gerade im Bereich der freiwilligen Aufgabenerfüllung große Unterschiede bestehen.

**Beschluss: 9 Ja : 0 Nein**

Der Finanz- und Verwaltungsausschuss beschließt, auch für die Jahre 2012 bis 2015 eine/n Auszubildende/n zum Verwaltungsfachangestellte/n einzustellen.

**TOP 5.**

**Verschiedenes**

---

öffentlich

**Sachverhalt:**

Es gibt keine Mitteilungen.

**TOP 6.**

**Wünsche und Anfragen**

---

öffentlich

**Sachverhalt:**

Es gibt keine Wünsche und Anfragen.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19:45 Uhr  
Ende der öffentlichen Sitzung: 20:45 Uhr

Stadt Ebersberg, den 11.08.2011

Brilmayer  
Sitzungsleiter

Ipsen  
Schriftführer/in